



EVP-ED



EUROPA-AKTUELL

Juli/August 2007

Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments

Liebe Leserinnen und Leser,



Europa nimmt Fahrt auf! Das von der Bundeskanzlerin erreichte Gipfelergebnis und der nun folgende Grundlagenvertrag geben eine deutliche Richtung vor: Mehr Effektivität, mehr Bürgernähe und eine günstige Positionierung der EU in der sich globalisierenden Welt. Mit meiner Arbeit als Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments bin ich an der direkten Verwirklichung dieser Ziele beteiligt. In den kommenden Monaten werde ich mich vor allem mit folgenden Themen beschäftigen: dem Haushalt für 2008 und der dringend nötigen Aufstockung der Finanzmittel des bisher vollkommen unterfinanzierten Bereiches der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Finanzierung des Satellitennavigationsprogrammes Galileo sein. Dieses Vorhaben hat für alle Bürger der

EU einen hohen Mehrwert und soll unsere Abhängigkeit von den Navigationssystemen anderer Staaten verringern.

Zusätzlich wird ein Schwerpunkt meiner parlamentarischen Arbeit die Überprüfung des mehrjährig festgelegten EU-Finanzrahmens sein. Das Europäische Parlament und der Haushaltsausschuss planen hier im Rahmen eines Revisionsprozesse zahlreiche Änderungen, hin zu einem transparenteren, gerechteren und moderneren Haushalt.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Reimer Böge

Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel:

Mehr Transparenz bei Flugpreisen/ Durchführung des ersten Eisenbahnpakets

Die tatsächlichen Kosten eines Flugtickets einschließlich aller zusätzlichen Kosten, wie Steuern oder Flughafengebühren, sollen künftig offen gelegt werden. Dies fordert ein im Mitentscheidungsverfahren angenommener Bericht aus dem Verkehrsausschuss. Die zuständige Schattenberichterstatterin der EVP-ED-Fraktion, Elisabeth Jeggle (CDU), begrüßt mehr Transparenz für den Verbraucher: „Wer ein Flugticket bucht, muss wissen, was das komplette Flugticket kostet, einschließlich aller Zusatzkosten. Mit Lockangeboten, die den Verbraucher in die Irre führen, muss Schluss sein“. Dazu sollen die in jedweder Form (auch im Internet) veröffentlichten Flugpreise alle zum Zeitpunkt der Veröffentlichung bekannten Steuern, Gebühren, Aufschläge und Entgelte beinhalten. Ein weiterer angenommener Bericht aus dem Verkehrsausschuss befasst sich mit der Durchführung des ersten Eisenbahnpakets, das die Öffnung des Marktes für grenzüberschreitende Güterverkehrsdienste zum Ziel hat.

EVP-ED-Schattenberichterstatterin Elisabeth Jeggle (CDU), fordert die Kommission auf, unverzüglich gegen diejenigen Mitgliedstaaten vorzugehen, die das erste und das zweite Eisenbahnpaket noch nicht fristgerecht umgesetzt haben. In der Frage der Finanzierung des weiteren Ausbaus der europäischen Verkehrswege spricht sich Jeggle dafür aus, dass vor allem die Transeuropäischen Netze (TEN) vorrangig gefördert werden sollen. Dagegen sei die Wirtschaftlichkeit bei der in dem Bericht geforderten Trennung von Netz und Betrieb im europäischen Schienenverkehr nicht bewiesen.

Weißbuch Finanzdienstleistungspolitik

Mit dem Bericht reagiert das Europäische Parlament auf das Weißbuch der Kommission zur Finanzdienstleistungspolitik, in dem sich die Kommission für die Schaffung eines offenen Finanzbinnenmarktes, die Abschaffung von Handelsbarrieren für Finanzdienstleistungen und eine bessere Zusammenarbeit mit den weltweiten Finanzmärkten einsetzt. EVP-ED-Schattenberichterstatter Karsten Friedrich Hoppenstedt (CDU) fordert eine verbesserte Kooperation der nationalen Aufsichtsbehörden für die Finanzbranche. Allerdings dürfe es keine zentral gesteuerte europäische Bankenaufsicht geben, deren Entscheidungsbefugnis nationale Budgethoheit und die Souveränität der Mitgliedsstaaten übersteigt. Stattdessen müsse über die Zusammenarbeit der nationalen Aufsichtsbehörden eine einheitliche europäische Aufsichtskultur entwickelt werden. Unter anderem zählen dazu auch europäische Standards für die Schulungen nationaler Aufseher.

Abstimmung über Postrichtlinie

Im Ringen um die endgültige Abschaffung des Briefmonopols ist eine Lösung erreicht worden. Nach dem Votum des Verkehrsausschusses stimmte das Plenum des Europäischen Parlaments dem Kompromisspaket zur Öffnung des Postmarktes zu. Wie der Berichtstatter zur Postrichtlinie und Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Markus Ferber, erläutert, sieht der Kompromiss die europaweite Abschaffung des Briefmonopols am 31. Dezember 2010 vor. Solange dürfen die Mitgliedstaaten noch einen so genannten reservierten Bereich für nationale Postdienstleister aufrechterhalten. Für die neuen EU-Mitgliedstaaten und solche mit einer extremen Rand- oder Insellage soll diese Frist um zwei Jahre verlängerbar sein. Um die Arbeitsbedingungen für die Postangestellten zu sichern, sieht der Kompromiss vor, dass die Vorschriften eines Mitgliedslandes zum Tarif- und Arbeitsrecht im Postsektor eingehalten werden müssen. Damit es bis zum Auslaufen der Übergangsfristen nicht zu Wettbe-

werbsverzerrungen kommt, sollen Postdienstleister, die im eigenen Land noch im reservierten Bereich tätig sind, keine Zulassung in bereits vollständig geöffneten Märkten bekommen.

Zur Finanzierung der flächendeckenden Versorgung (Universaldienst) können die Mitgliedstaaten einen Fonds einrichten, in den alle Postdienstleister einzahlen müssen. Alternativ können die Mehrkosten eines Universaldienstes durch staatliche Zuschüsse gedeckt werden. Der Europäischen Kommission soll die Konformitätsprüfung der jeweiligen nationalen Modelle

Die EU hat der falschen Ernährung den Kampf angesagt.

Ausgangspunkt ist dabei die Tatsache, dass Ernährungsfehler und Mangel an körperlicher Bewegung für sechs der sieben wichtigsten Krankheitsrisikofaktoren (wie zum Beispiel Herzkrankheiten, Diabetes, Bluthochdruck, Schlaganfall, bestimmte Krebserkrankungen) in Europa verantwortlich sind. In der Mehrheit der Mitgliedsstaaten sind über 50% der erwachsenen Bevölkerung übergewichtig und bei den Übergewichtigen ist Deutschland in der EU führend. Darüber hinaus leiden Schätzungen zufolge 21,748,312 Kinder in der EU an Übergewicht, und jährlich kommen 400.000 neu hinzu. Nun hat die Kommission mit einem Weißbuch über Ernährung zu EU-weiten Anstrengungen im Kampf gegen Übergewicht aufgerufen. Die Industrie soll den Salz-, Fett- und Zuckergehalt von Lebensmittelerzeugnissen senken. Die Kommission strebt eine Überarbeitung der Nährwertkennzeichnung und Programme zur Förderung des Obst- und Gemüseverzehr an. Und schließlich sollen die Europäer ermuntert werden, sich mehr zu bewegen und sportlich aktiv zu werden.

Die Kommission bereitet Empfehlungen zum Sportunterricht an Schulen vor.

Das für Ende Juli erwartete Weißbuch Sport wird auch Empfehlungen zum Schulsport enthalten. Grundlage ist ein von der University of Worcester für den parlamentarischen Ausschuss für Kultur und Bildung verfasster Bericht. Dieser befasst sich mit den Sportplänen der europäischen Schulen, mit der Zeitbemessung, dem Status des Unterrichts, inhaltlichen und thematischen Aspekten des Lehrplans und den materiellen und personellen Ressourcen. Es wird auch eine Verpflichtung zum Sportunterricht an Schulen und mindestens zwei (langfristig drei) Stunden Sportunterricht wöchentlich empfohlen.

Die Kommission hat ein Grünbuch über Finanzdienstleistungen für Privatkunden vorgelegt.

Das Grünbuch umfasst Produkte wie Bankkonten, Darlehen, Hypotheken, Anlagen und Versicherungen. Mit Hilfe dieses Grünbuchs will sie ihre Kenntnisse der Probleme, denen Verbraucher und Branche in diesem Bereich gegenüberstehen, erweitern und vertiefen, ihre übergeordneten Ziele darlegen und die Bereiche herausstellen, in denen sich weitere Arbeiten als notwendig erweisen könnten. Die Kommission wird am 19. September 2007 eine Anhörung veranstalten, bei der sie die Schlussfolgerungen aus dieser Konsultation zieht.

Leipzig-Charta

Die für Stadtentwicklung zuständigen Minister haben sich auf ein Leitbild der Europäischen Stadt verständigt. Mit der Charta von Leipzig soll die Grundlage für eine neue EU-weite Stadtpolitik mit einem integrierten Entwicklungsansatz geschaffen werden. Dazu gehören die Stärkung der Innenstädte und die Beendigung der Zersiedelung, um so den Verkehr, den Energieverbrauch und die Flächennutzung zu reduzieren. Zur Erreichung dieses Ziels sollen die Städte in Zukunft vermehrt bei der EU-Förderpolitik berücksichtigt werden. Des Weiteren ha-

ben die Minister Empfehlungen für eine integrierte Raumentwicklungspolitik, um die Potenziale der Regionen und Städte Europas für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung zu mobilisieren, so genannte Territoriale Agenda veröffentlicht. Die Leipzig Charta finden Sie unter http://www.eu2007.de/de/News/download_docs/Mai/0524-AN/075DokumentLeipzigCharta.pdf

Pressemitteilungen:

1.) Reimer Böge: Mitentscheidung des Parlaments bei der Finanzierung von Galileo muss sichergestellt sein

Nach Auffassung des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments, Reimer Böge (CDU), muss das volle Mitspracherecht des Parlaments bei der zukünftigen Finanzierung des EU-Satellitennavigationssystems Galileo gewahrt bleiben. "Dies bedeutet, dass eine Mischfinanzierung aus EU-Mitteln und Mitteln, die auf intergouvernementaler Ebene beschlossen werden, von uns abgelehnt wird", erklärte Böge heute in Brüssel. Der Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments hatte in einer entsprechenden Resolution einstimmig für eine Finanzierung von Galileo aus EU-Mitteln und damit in der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments gestimmt. Derzeit sei von den erwarteten Gesamtkosten in Höhe von mindestens 3,5 Milliarden Euro bereits eine Milliarde Euro in der mittelfristigen Finanzplanung fest als Anschubfinanzierung eingeplant. Hinzu kommen weitere 350 Millionen Euro aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union.

"Das Parlament ist zudem bereit, eine strikt auf das Projekt Galileo begrenzte Revision der mittelfristigen Finanzplanung vorzunehmen, weil es sich bei diesem herausragenden Technologievorhaben um ein Projekt des europäischen Mehrwerts handelt", so der Vorsitzende des Haushaltsausschusses weiter. "Dies ist zugleich ein deutliches Zeichen, dass wir die Einheitlichkeit des europäischen Haushalts bewahren wollen. Wir sind deshalb gegen eine Rückkehr zur zwischenstaatlichen Finanzierung außerhalb des EU-Haushalts, die eine gefährliche Entwicklung bedeuten würde und im Gegensatz zur weiteren Vertiefung der Europäischen Union stehen würde", betonte der CDU-Europaabgeordnete abschließend.

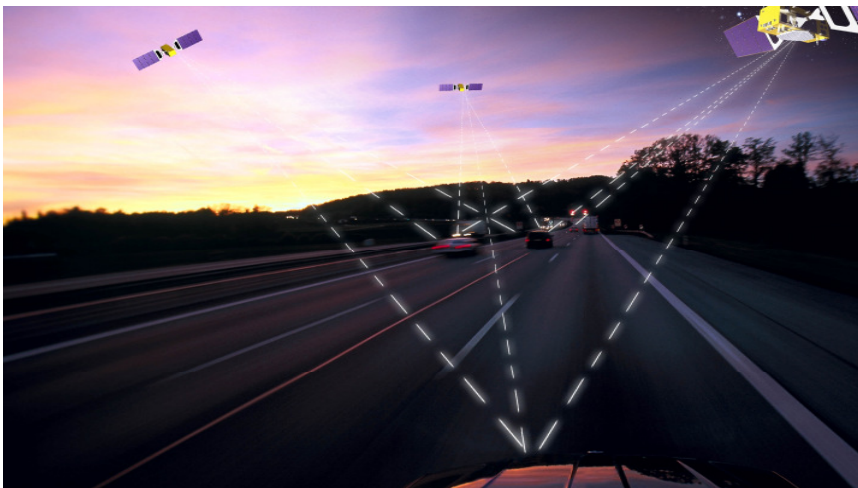


Bild:
Den europäischen Bürgern kommt Galileo z.B. bei den Navigationssystemen in Kraftfahrzeugen zu Gute.

2.) Europäisches Parlament fordert öffentliche Finanzierung von Galileo

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat heute eine vom Haushaltsausschuss erarbeitete Resolution zur weiteren Finanzierung des EU-Satellitennavigationssystems Galileo mit klarer Mehrheit angenommen. Reimer Böge, Vorsitzender des EP-Haushaltsausschusses, begrüßte das Votum des Parlaments für eine öffentliche Finanzierung von Galileo aus EU-Mitteln anstelle einer zwischenstaatlichen Lösung, die eine weitere Mitsprache des Parlaments ausgeschlossen hätte. "Das Europäische Parlament hat damit deutlich gemacht, dass es die ursprünglich vorgesehene öffentlich-private Mischfinanzierung für gescheitert hält. Der jüngste Beschluss des EU-Verkehrsministerrats, öffentliche Finanzierungsmöglichkeiten jetzt bevorzugt zu prüfen, ist ein weiteres Indiz dafür, dass die vom Haushaltsausschuss eingeschlagene Richtung richtig ist", sagte der CDU-Europaabgeordnete in Straßburg.

Böge wies jedoch darauf hin, dass die mit dem heutigen Parlamentsbeschluss verbundene Revision der finanziellen Vorausschau allerdings strikt auf das Ausnahmeprojekt Galileo beschränkt bleiben müsse: "Das Parlament ist aber bereit, eine auf Galileo begrenzte Revision vorzunehmen, weil es sich bei diesem herausragenden Technologievorhaben um ein Projekt mit zusätzlichem europäischem Mehrwert handelt". Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses wies zudem darauf hin, dass die für Galileo bereits jetzt regulär vorgesehenen Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro in 2007 und 150 Millionen Euro in 2008 noch nicht freigegeben werden können, weil der Rat im Gegensatz zum Parlament die erste Lesung dazu noch nicht abgeschlossen hat. "Folglich sind die bereits in die finanzielle Vorausschau eingestellten Mittel in Höhe von einer Milliarde für Galileo derzeit blockiert", so Böge.

Der EVP-Haushaltspolitiker unterstrich abschließend seine Hoffnung, dass mit dem heutigen Parlamentsvotum auch ein positives Signal Richtung EU-Kommission ausgegangen ist, möglichst bereits nach der Sommerpause konkrete Vorschläge zu präsentieren, wie es mit Galileo weitergehen soll. "Das Europäische Parlament hat jedenfalls seine Hausaufgaben gemacht. Jetzt sind wieder der Rat und die Kommission am Zug", betonte Böge. Es müsse möglich sein, berechnete einzelstaatliche Anliegen in eine Gemeinschaftslösung zu integrieren. Denn eine Abwendung von der Einheitlichkeit des europäischen Haushalts wäre ein fatales Signal für künftige politische Entscheidungen auf europäischer Ebene, die zugleich haushaltspolitische Auswirkungen haben.



Bild:
Galileo wird auf 30 Satelliten basieren, die in einer Höhe von etwa 23.000 km die Erde umkreisen. Am Boden wird ein Netz von Stationen eingerichtet werden, die die Satelliten kontrollieren.

Terminauswahl:

- 19.06. Frühstücksgespräch mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, Straßburg
- 20.06. Treffen mit Janez Potocnik, Kommissar für Wissenschaft und Forschung, Straßburg
- 27.06. Sondersitzung des Plenums mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Brüssel
- 02.07. Meeresschutzkonferenz mit Dr. Christian von Boetticher (Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume in Schleswig-Holstein), Brüssel
- 03.07. Treffen mit Harald Romer (Generalsekretär des Europäischen Parlaments)
- 06.07. Trilogverhandlungen mit Rat und Kommission zum Budget 2008, Brüssel
- 10.07. Treffen mit Kim Darrock (Repräsentant Großbritanniens bei der EU) Straßburg
- 10.07. CDU/CSU-Vorstand, Abendessen mit Kommissionspräsident Barroso, Straßburg
- 11.07. Abendessen der Ausschussvorsitzenden mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, Straßburg
- 13.07. Treffen mit Rat und Kommission zur Festsetzung der gemeinsamen Haushaltsziele (Konzertierung), Brüssel
- 14.08. Fernsehinterview zu steigenden Lebensmittelpreisen, "Heute- In Europa", Kiel
- 18.07. Beginn der parlamentarischen Sommerpause
- 23.08. Gespräch mit der zypriotischen Außenministerin Dr. Erato Kozakou-Marcoullis, Nicosia, Zypern
- 25.08. Sommerfest der CDU Neumünster, Neumünster
- 29.08. Treffen mit Peter Hintze (Parlamentarischer Staatssekretär), zu Galileo, Brüssel
- 09.09. CDU Neumitgliederseminar, Bad Bramstedt
- 11.09. Veranstaltung in der Landesvertretung Niedersachsens "Verwendung und Kontrolle von EU Geldern im Agrarbereich - Probleme und Perspektiven", Brüssel
- 12.09. Besuch beim Europäischen Rechnungshofes, Luxemburg

Für weitere Informationen:

<http://www.reimerboege.de>

<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>

<http://www.europarl.ep.ec/>

Impressum:

Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:

Peter Steven

Tel: 00322/ 2845326

Fax: 00322/ 2849326

Email: reimer.boege-assistant@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.reimerboege.de>